

Pressemitteilung vom 02.07.2015

Gesetz vorerst vom Tisch BUND verlangt Fracking-Verzicht

"Der BUND Rotenburg begrüßt, dass die Große Koalition die Verhandlungen über ein Fracking-Gesetz auf Bundesebene abgebrochen und auf die Zeit nach der Sommerpause verschoben hat. Wir werten das als einen großen Erfolg von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden." So BUND-Vorsitzender Manfred Radtke.

Die Arbeit von BIs und Verbänden hat den großen Parteien offensichtlich deutlich gemacht, dass die angestrebte industriefreundliche Regelung nicht durchsetzbar ist. Der BUND bedankt sich auch bei den hiesigen Bundestagsabgeordneten, die in ihren Fraktionen für mehr Schutz unseres Grundwassers eingetreten sind.

Radtke: "Nach dem letzten Stand der Gesetzentwürfe wäre das Fracking in Niedersachsen im Sandstein weitergegangen wie bisher. Zudem hätten in den nächsten Jahren mehrere Forschungsvorhaben zur Schiefergasgewinnung gedroht. Die Gefahren dieser Technologie sind aber zu groß, auch wenn man Fracking unter dem Deckmantel von Probebohrungen betreibt".

Der BUND befürchtet außerdem, dass solche Forschungsvorhaben praktisch nahtlos in eine industrielle Förderung übergehen würden. Der Verband lehnt Fracking ab, weil die eingesetzten Flüssigkeiten Böden und Grundwasser gefährden und die Bohrungen Erdbeben auslösen können. Zudem ist es angesichts des Klimawandels kontraproduktiv, neue fossile Energiequellen zu erschließen.